

Fortzüge von Deutschland nach Israel und Zuzüge von Israel nach Deutschland in den Jahren 2005 bis 2013		
Jahr	Fortzüge nach Israel	Zuzüge nach Deutschland
2005	1 359	1 622
2006	1 358	1 769
2007	1 200	1 633
2008	1 409	1 639
2009	1 796	2 009
2010	1 835	2 253
2011	1 736	2 321
2012	1 198	1 847
2013	1 931	2 762
Summe	13 822	17 855

Quelle: Statistisches Bundesamt

13. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich Waffen, die von Balkanstaaten nach Westeuropa gelangten und dort von islamistischen Terroristen für Anschläge oder für Anschlagpläne eingesetzt wurden (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 18. Januar 2015)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Günter Krings
vom 26. Januar 2015**

In einem Verfahren des Generalbundesanwalts gegen mehrere Personen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer inländischen terroristischen Vereinigung wurde eine Pistole sichergestellt, die nach dem Ergebnis der Ermittlungen für eine Straftat der Vereinigung in Deutschland verwendet werden sollte. Die Waffe stammt aus Serbien.

Darüber hinaus liegen dem Bundeskriminalamt (BKA) keine gesicherten und verwertbaren Erkenntnisse vor, dass Waffen von Balkanstaaten nach Westeuropa gelangten und dort von islamistischen Terroristen für Anschläge oder für Anschlagpläne eingesetzt wurden.

14. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternehmen die Bundesregierung bzw. ihr unterstellte Behörden, um in Staaten wie Bosnien oder Kosovo Waffenbestände zu identifizieren, sicherzustellen und gegebenenfalls zu vernichten sowie um deren Verkauf an islamistische Terroristen zu verhindern?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Günter Krings
vom 26. Januar 2015**

Die Länder des West-Balkans bilden seit vielen Jahren eine Schwerpunktregion in den Bemühungen der Bundesregierung um konventionelle Rüstungskontrolle. Die Bundesregierung fördert vor diesem Hintergrund eine Reihe von Projekten finanziell, die die Vernichtung von Munition sowie die Verbesserung der Sicherung von Lagerbeständen von Waffen und konventioneller Munition zum Ziel haben. Insbesondere unterstützt das Auswärtige Amt seit dem Jahr 2014 Bemühungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Sicherung von Munitionsbeständen in Bosnien und Herzegowina durch Errichtung von Zäunen und Überwachungs-ausrüstung (Fortsetzung 2015 in Planung).

Im Kosovo fördert das Auswärtige Amt das vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) umgesetzte mehrjährige Projekt der Kleinwaffenkontrolle KOSSAC (Ausbildungsmaßnahmen und Kapazitätsaufbau der Polizei im Bereich Lagerhaltung sowie Vernichtung von Kleinwaffen und Strafverfolgung).

Projekte mit vergleichbarer Zielrichtung wurden und werden auch in Albanien, Montenegro, Serbien, Moldau und der Ukraine umgesetzt. Hierfür hat die Bundesregierung im Jahr 2014 über 1,4 Mio. Euro bereitgestellt; für das Jahr 2015 sind Mittel i. H. v. ca. 2,4 Mio. Euro vorgesehen. Eine detaillierte Übersicht über die Projekte der letzten Jahre ist dem jeweiligen Jahresabrüstungsbericht der Bundesregierung zu entnehmen.

Darüber hinaus ist das BKA in Maßnahmen eingebunden, die auf Bekämpfung der Waffenkriminalität im Allgemeinen sowie auf die nachhaltige Beeinträchtigung logistischer Strukturen von Organisierter Kriminalität und Terror-Gruppierungen abzielen.

Dies umfasst u. a. Maßnahmen zur Identifizierung illegaler Waffenbestände, der Bekämpfung des illegalen Waffenhandels sowie zur Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit und des Informationsaustausches. Die Unterstützung von Staaten des Westlichen Balkans ist Gegenstand diverser Maßnahmenpläne auf EU-Ebene und stellen Schwerpunkte des EU-Policy-Cycle sowie der Strategieplanung (Multi-Annual-Strategic Plan/MASP) dar.

15. Abgeordnete
Irene Mihalic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche optionalen Schutzwesten stehen nach Kenntnis der Bundesregierung allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Außendienst tatsächlich zur Verfügung, und hält die Bundesregierung diese Ausstattung in allen Situationen, beispielsweise bei Anschlägen wie denen auf die Satirezeitschrift „CHARLIE HEBDO“, für angemessen?